

28/1994

## Bundeskanzler Helmut Kohl: Um jede Stimme kämpfen

„Bei uns geht es nicht erst jetzt los, bei uns ist was los!“ So brachte es der CSU-Vorsitzende Theo Waigel in Anspielung auf den angestregten SPD-Slogan und vor dem Hintergrund eines müden SPD-Wahlkampfes auf den Punkt: Die Union ist guter Dinge, für die erfolgreiche Koalition der Mitte am 16. Oktober vom Wähler die Bestätigung zu bekommen.

Die Stimmung in Dortmund war ausgezeichnet. Der Bundeskanzler aber beschwor die Wahlkämpfer, zwar optimistisch zu sein, aber nicht satt und zufrieden. Die Wahl sei noch lange nicht entschieden. Helmut Kohl selbst hatte mit seinem Erscheinen für die Hochstimmung in der Westfalenhalle gesorgt.

### Eröffnung des Bundestagswahlkampfes der CDU am 28. August in der Dortmunder Westfalenhalle

Unter lauten „Helmut, Helmut“-Rufen und begeistertem Applaus von 17.000 Wahlkämpfern aus allen Regionen Deutschlands nahm der Kanzler seinen Platz auf dem Podium ein — unter einem riesigen „Damit es weiter aufwärts geht“-Plakat.

Der Kanzler legte die Schwerpunkte in seiner über einstündigen Rede auf die Ausgestaltung der inneren Einheit, auf Wachstum und Beschäftigung, auf die Weiterentwicklung der Familienpolitik und die Stärkung der inneren Sicherheit.

(Fortsetzung auf Seite 2)



17.000 Wahlkämpfer waren gekommen und applaudierten begeistert der Rede von Bundeskanzler Helmut Kohl.



(Fortsetzung von Seite 1)

50 Tage vor der Wahl zum Deutschen Bundestag warnte Helmut Kohl eindringlich vor „SPD, Grünen und PDS“, die „eine andere Republik“ schaffen wollten. Mit den Worten „die Richtung der Republik steht auf dem Prüfstand“ demonstrierte Helmut Kohl unmißverständlich, daß diese Wahl die wichtigste „Richtungswahl“ seit Jahrzehnten sei.

Der SPD warf der Kanzler vor, in Sachsen-Anhalt „für das Butterbrot eines Ministerpräsidenten ihre Prinzipien veraten“ zu haben. So würden die „rot lakierten Faschisten“, wie schon Kurt Schumacher die Kommunisten bezeichnet hatte, mit Hilfe der Sozialdemokraten „wieder salonfähig“ gemacht.

Scharpings Absage an eine Kooperation mit der PDS in Bonn bezeichnete der Kanzler als „Lippenbekenntnis“.

Im weiteren Verlauf seiner Rede dankte der Kanzler den hart arbeitenden Menschen in den neuen Ländern, aber auch den „Millionen von Steuerzahlern“ für ihren Beitrag zur Deutschen Einheit und verwies dabei auf die ostdeutschen Wachstumsraten, die höchsten in Europa. Der Osten müsse weiter Vorrang haben,

betonte Kohl. Deshalb sei auch der Solidaritätszuschlag notwendig, der aber regelmäßig überprüft werden müsse.

In diesem Zusammenhang verwies Helmut Kohl darauf, daß die Solidität des Haushaltes und die Stabilität der D-Mark Ziele mit „absoluter Priorität“ seien. Helmut Kohl nannte die großen Erfolge bei der Verwirklichung der Deutschen Einheit und forderte an dieser Stelle eindringlich dazu auf, trennende Begriffe wie „Ossi und Wessi“ endlich aus dem Sprachgebrauch zu streichen.

## Ganz wichtig: Familienpolitik

Im weiteren widmete sich der Bundeskanzler der Bekämpfung der Kriminalität und vor allem der Familienpolitik. Es gelte in der nächsten Legislaturperiode, den Familienlastenausgleich zu einem Familienleistungsausgleich umzugestalten.

Beim Thema „Familie“ sprach der Kanzler auch deutlich gesellschaftliche Mißstände an: sogenannte Bürgerinitiativen gegen den Bau von Kinderspielplätzen zum Beispiel und die Schwierigkeiten für junge Familien mit zwei oder drei Kindern, geeignete Wohnungen zu bekommen.

### ● PDS/SED

Wahrheit tut weh.  
taz-Kommentar zur Kritik des Bundeskanzlers an dem Verhältnis der SPD zur PDS. Seite 6

### ● Sozialdemokraten

Scharping in der Defensive.  
Schröder und die PDS.  
Seite 8/9

### ● Die Grünen

Das Sagen haben Fundamentalisten und Öko-Utopisten. Seite 10

## HEUTE AKTUELL

### ● Neue Länder

Bund fördert die Entwicklung neuer Produkte in Ostdeutschland. Seite 13

### ● Familienpolitik

Es hat nie mehr und nie höhere finanzielle Leistungen für Familien gegeben als heute. Hannelore Rönsch zieht Bilanz und nennt die wichtigsten Zukunftsaufgaben. Seite 16

### ● Flugblatt

OECD-Länderbericht: Die deutsche Wirtschaft wächst!  
Seite 26

### ● Dokumentation

Bericht der Bundesregierung über die Deregulierungsmaßnahmen des Bundes.  
Grüner Teil

### ● CDU extra

Gewalt in den Medien – Grund zur Resignation? Gedanken zur Medienerziehung von Angela Merkel



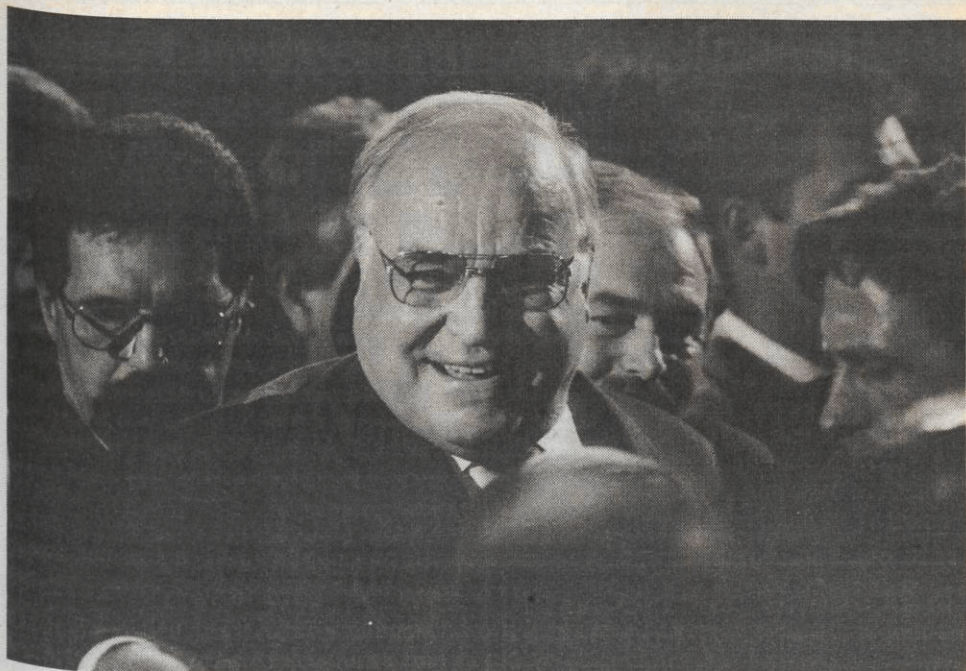


Foto: Josef A. Slominski

Helmut Kohl, immer wieder von „Helmut-Helmut“-Rufen und starkem Applaus unterbrochen, erinnerte daran, daß im Wort „Wahlkampf“ vor allem auch „Kampf“ enthalten sei, und appellierte an seine Zuhörer, in den letzten 50 Tagen vor der Wahl von ganzem Herzen um jede Stimme zu kämpfen: „Jeder spürt, wir haben Aufwind, aber die Wahl ist noch keineswegs gewonnen.“ Am Ende seiner Rede dankten die 17.000 dem Kanzler mit minutenlangem Beifall — standing ovations!

### Die Einheit vollenden

Auch Generalsekretär Peter Hintze, die stellvertretende CDU-Vorsitzende Angela Merkel und der CSU-Vorsitzende Theo Waigel riefen in ihren Reden dazu auf, die Einheit zu vollenden. Dabei warnten auch sie eindringlich vor dem Verhängnis einer rot-grünen Koalition mit Unterstüt-

**Helmut Kohl erinnerte daran, daß im Wort „Wahlkampf“ vor allem auch „Kampf“ enthalten sei.**

zung der kommunistischen PDS. Peter Hintze sprach es klar aus: Die Menschen in den neuen Ländern haben „vom Sozialismus die Schnauze voll“. Die Vorgänge in Sachsen-Anhalt seien ein Hohn für alle Opfer der SED-Herrschaft.

Scharping warf er unklaren Kurs vor. Der SPD-Kandidat habe seine Position immer wieder aufgegeben. Im Vergleich dazu sei „ein Wackelpudding das Sinnbild der Standfestigkeit“.

Angela Merkel, aufgewachsen im SED-Staat, erinnerte sich an ihren zwangsweisen Marxismus-Leninismus-Unterricht, bei dem sie lernen mußte: „Sag mir, mit wem Du gehst, und ich sage Dir, wo Du stehst.“

Nach Sachsen-Anhalt glaube sie „Scharping kein Wort“, wenn er heute Aussagen



über die Zusammenarbeit der SPD mit der PDS mache. Die PDS als Partei müsse bekämpft werden, um die Stimmen der PDS-Wähler müsse gekämpft werden.

Theo Waigel betonte, daß die Union im Wahlkampf „ihre Liebe zur Macht“ zeigen müsse. An die SPD gewandt, sagte Waigel, es sei nicht möglich, „die Republikaner zu isolieren und Gysi zu poussieren“. Mit seinen Angriffen auf die SPD forderte der Finanzminister immer wieder Beifallstürme heraus.

Ob Oskar Lafontaine, der Milliarden aus dem Finanzausgleich kassiere und dennoch die Bundesregierung beschimpfe, oder Regine Hildebrandt, die die Mark zum Rubel verkommen lassen würde, wäre sie Finanzministerin, oder Scharping, der Brutto und Netto verwechsle — die Finanzpläne der SPD seien unseriös und nicht machbar.

Finanzpolitischen Spielraum werde die Bundesregierung zur Senkung der Neuverschuldung und der Steuerlastquote nutzen. Zu Äußerungen von Wirtschaftsminister Rexrodt merkte Waigel an: „Steuersenkungen auf Pump wird es mit mir nicht geben.“

Der CSU-Vorsitzende bezeichnete Helmut Kohl mit Konrad Adenauer als den erfolgreichsten Bundeskanzler seit 1949: Kohl ist der Kanzler aller Deutschen und wird es bleiben.

Wie Waigel zuvor forderte auch Arbeits-



**Theo Waigel und Helmut Kohl demonstrieren es: CDU und CSU führen einen gemeinsamen Wahlkampf.**

minister Norbert Blüm dazu auf, die deutsche Einheit zu vollenden. Angesichts des Skandals von Magdeburg warnte Blüm vor der Gefahr einer Linksfrent in Bonn: „Helmut Kohl oder das rot-grüne Panikorchester, für das Gregor Gysi die Musik geschrieben hat.“

Am Ende des Wahlaufaktes ist allen in der Dortmunder Westfalenhalle klar: Zur erfolgreichen Koalition der Mitte unter Bundeskanzler Helmut Kohl gibt es keine Alternative. Rot-Grün mit der Unterstützung der PDS wäre ein Verhängnis für Deutschland.

Die Botschaft lautet: Am 16. Oktober fällt eine der wichtigsten Richtungsentscheidungen nach 1949. Die Union kann mit Zuversicht in die entscheidende Auseinandersetzung gehen. Aber bis zum 16. Oktober muß um jede Stimme gekämpft werden!



## Pressestimmen

### Heerschau der Union

Als Helmut Kohl in der Dortmunder Westfalenhalle erscheint, da toben die rund 17000 Menschen im Saal vor Begeisterung. Die Kapelle vor dem Podium spielt hier im Ruhrgebiet das alte Bergmannslied „Glückauf, der Steiger kommt...“. Diese Großkundgebung zur Einleitung der heißen Phase des Superwahljahres 1994 ist eine Heerschau der gesamten Union. Und so drängt hinter dem Parteipatriarchen Helmut Kohl auch CSU-Chef Theo Waigel in den riesigen Saal. Die Menschen greifen nach dem Kanzler, versuchen, ihm die Hand zu schütteln, ihn auf seinem langen Weg bis zum Podium wenigstens einmal zu berühren.

Die Welt

### Nochmal vier

„Nochmal vier, noch vier“, skandierten begeistert Mitglieder, Wahlhelfer und Freunde der Union in der Westfalenhalle und meinten damit vier weitere Jahre CDU-bstimmter Regierung unter einem Bundeskanzler Helmut Kohl. Der hatte zum Auftakt der heißen Wahlkampfphase in Dortmund die richtige Stimmungsmischung für die fast 17000 Zuhörer gefunden: Ungewöhnlich scharfe Worte gegen den politischen Gegner und nach innen, an die eigenen Reihen gerichtet, fast schon Nachdenkliches.

Kölnische Rundschau

### Gut in Form

Der Kanzler ist gut in Form. Aber nicht nur er, das Parteivolk, das am Sonntag in die Dortmunder Westfalenhalle gekommen ist, hält, was sich die CDU-Führung von ihm versprochen hat. Noch bevor Kohl die Halle betreten, geschweige denn durchmessen hat, kommen erste „Helmut, Hel-

mut“-Rufe auf. Sobald der Kanzler erscheint, schwellen sie an, Kohl badet in der Menge derer, um deren Unterstützung er sich nicht zu sorgen braucht. Das Deutschlandtreffen der CDU, mit dem die „heiße Phase“ des Bundestagswahlkampfes eingeläutet worden ist, vermittelt den Eindruck, daß Kohl, seine Mitredner und die 17000 Anhänger in der Westfalenhalle an den Wahlsieg am 16. Oktober glauben.

Frankfurter Allgemeine Zeitung

### Heimspiel

14.12 Uhr. Der Kanzler redet. Schon bevor er das tat, riesiger Beifall. Ein Heimspiel mitten im ansonsten roten Ruhrpott. Für die CDU fast ein Wahlkampf-Jackpot.

General-Anzeiger, Bonn

### Schauerhafter Gedanke

Verständlich jedenfalls, daß die Union zum Auftakt des „heißen“ Wahlkampfes das sonderbare Verhältnis von PDS und SPD in den Mittelpunkt ihrer Attacken rückte. Eine Partei wie die PDS, die offiziell oder klammheimlich in Bonn mitregieren kann, wäre nun wirklich das allerletzte, was Deutschland brauchen könnte. Gewiß wird niemand behaupten wollen, daß alles nach der Wende glatt verlaufen sei. Der Kanzler selbst hat gestern noch einmal eingeräumt, Fehler gemacht zu haben.

Dennoch, nichts kann darüber hinwegtäuschen: Im wiedervereinigten Deutschland herrscht Freiheit — ein grandioser Wert, mit dem die Kommunisten und ihre SED noch nie etwas am Hut hatten. Und diese Politruks, die sich offenbar allen Strömungen anzupassen wissen, sollen verkappte oder manifeste Regierungs-Mitverantwortung erhalten? Ein Gedanke, der genauso schauerhaft ist wie die Vorstellung, irgendwo mischten die „Republikaner“ mit.

Rheinische Post



## Mit denselben Argumenten

In der taz vom 30. August hat Walter Jakobs den Wahlkampfauftakt der CDU in der Dortmunder Westfalenhalle und vor allem den Angriff des Bundeskanzlers auf die SPD kommentiert, der den Magdeburger Kurs als „Schande für Deutschland“ geißelte, weil mit Hilfe der Sozialdemokraten die „kommunistische PDS“ wieder salonfähig gemacht werde.

Bemerkenswert in dieser Kommentierung ist, daß sie mit ganz ähnlichen Argumenten aufwartet, wie sie auch

von Helmut Kohl und von der CDU in der Auseinandersetzung mit SPD und PDS benutzt werden.

So fällt laut Jakobs der Versuch, Helmut Kohls „SPD-PDS-Kritik als reaktionären Antikommunismus zu denunzieren“, auf die Anti-Antikommunisten, wie er schreibt, zurück, und weiter heißt es bei ihm wörtlich: „Tatsächlich wird jetzt eine ehemals kommunistische Partei ohne jede Debatte über ihre demokratische Läuterung salonfähig gemacht.“

Es folgt der taz-Kommentar in vollem Wortlaut.

## Wahrheit tut weh

**H**elmut Kohl hat am Wochenende in Dortmund als Wahlkämpfer zugeschlagen: zugespitzt, polemisch, in Teilen selbstgerecht. Ein Auftritt, der für Linke aller Schattierungen genügend Stoff bietet, um den schwarzen Riesen einmal mehr zu entlarven. Vor allem Kohls Angriff auf die SPD, deren Magdeburger Kurs er als „Schande für Deutschland“ geißelte, weil mit Hilfe der Sozialdemokraten die „kommunistische PDS“ wieder salonfähig gemacht werde, wird von vielen Linken gewiß als ein Fanal zur Wiederbelebung einer zügellos-reaktionären antikommunistischen Kampagne gedeutet.

Es gibt gute Gründe, sich mit einer solchen Interpretation nicht zu bescheiden. Denn Kohls Polemik weckt nicht nur Erinnerungen an üble Kampagnen reaktionärer Glaubenskrieger, sondern auch an die Instrumentalisierung dieser Kampagnen durch die Marxismus-Leninismus-Totalitaristen bei ihrem Kampf gegen die freiheitliche Linke. Gerade in Deutschland erzielte dieses Kritik-Muster nachhaltige Wirkungen. Eine Art kommunistische Gehirnwä-

*sche, die auch demokratisch gesonnene Linke blind machte für die Verbrechen jenseits der Mauer. Erdacht in den ideologischen und geheimdienstlichen Zentralen des real-sozialistischen Machtbereichs, von Vorfeldorganisationen auf leisen Sohlen in den Westen getragen und von vielen Gutgläubigen weit über den kommunistischen Einflußbereich hinaus verbreitet.*

*Diese Immunsierungsstrategie hatte fatale Folgen. Sie führte dazu, daß der berechtigte Antikommunismus aus konservativer*

### Im Kern liegt Kohl mit seiner Oppositionskritik richtig.

*wie linksunabhängiger Quelle als Fortschrittsfeindlichkeit denunziert wurde — als Propaganda reaktionärer Kräfte. Joachim Gauck, der Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, hat jüngst das Problem präzise benannt. „Wer nicht in stande ist, gegen die Wegnahme von Freiheits- und Persönlichkeitsrechten durch Kommunisten eine antikommunistische Antwort zu geben, der verfehlt Tugenden, die ein wirklicher Antifaschist hat. Antifaschismus und eine bestimmte Form des Antikommunis-*



mus gehören historisch zusammen. Und es ist richtig, daß man den Anti-Antikommunisten bekämpfen muß.“

In diesen Zusammenhang gehört Kohls SPD-PDS-Kritik. Sie als reaktionären Antikommunismus zu denunzieren, fällt auf die Anti-Antikommunisten zurück. Tatsächlich markieren ja die Magdeburger Verhältnisse einen bedeutsamen Wendepunkt im Umgang mit der Nachfolgepartei der SED. Nicht die Wende an sich ist dabei das Problem, sondern das politische Verhängnisvolle ergibt sich aus der geräuschlosen Implementierung dieser Politik. Tatsächlich wird jetzt eine ehemals kommunistische Partei ohne jede Debatte über ihre demokratische Läuterung salonfähig gemacht. Mit schlimmen Folgen — nicht zuletzt für die demokratischen Kräfte innerhalb der PDS selbst. Die Partei insgesamt verweigert nämlich zur Zeit eine Klärung ihres ideologischen Standortes und bietet jenen Kräften ein breites Betätigungsfeld, die dem totalitären Marxismus-Leninismus nach wie vor anhängen. Wer in seinen Reihen eine „kommunistische Plattform“ toleriert, deren Sprecherin Wagenknecht — übrigens Mitglied im PDS-Vorstand — die 89er Wende „als Konterrevolution zwischen Elbe und Oder“ bezeichnet, kann kein Partner von Demokratien und

insbesondere nicht von Sozialdemokraten und Bündnisgrünen sein — die Konterrevolutionäre par excellence für jeden ML-Anhänger.

Wenn wegen kurzfristiger taktischer Vorteile die demokratische Linke wichtige Grenzen aufgibt, darf man sich nicht wundern über die Renaissance einer Ideologie, die vorgibt, die Menschen zu befreien, in Wahrheit aber den einzelnen Menschen zur Verfügungsmasse einer politischen Macht degradiert.

Überall da, wo die Marxisten-Leninisten die Macht erobert haben, ist genau das geschehen. Nicht wegen individueller Fehlleistungen kommunistischer Führer, sondern wegen der den Marxismus-Leninismus konstituierenden, zur Demokratie in einem antagonistischen Verhältnis stehenden Prinzipien. Die Diktatur der Arbeiterklasse endet nicht im Paradies, sondern auf dem Platz des Himmlischen Friedens. Hier ordnet sich der aus verantwortungsloser Gedankenlosigkeit geborene „Sündenfall“ Magdeburg ein. Die CDU hat jedes Recht, dies der rot-grünen Opposition vorzuhalten. Reaktionär ist daran nichts. Gegen das gerade in Krisenzeiten populäre Gift totalitärer Ideologien hilft nur eine öffentliche Debatte. Darum hat sich Kohl am Wochenende verdient gemacht.

Walter Jakobs, in der „tageszeitung“ vom 30. 8. 1994

## Mit Frischluft in die USA

Frischluff e. V. führt vom 17. bis 31. Oktober 1994 eine Bildungsreise an die Ostküste der USA durch. Erkundet werden die Städte Washington, New York und Boston. Auf dem Programm stehen vor allem kulturelle, historische und bildungspolitische Aspekte amerikanischen Lebens, z. B. die Washington Library of Congress, das UN-Hauptquartier in New York oder die Harvard Universität in Boston. Der Reisepreis beträgt für Mitglieder nur 1.900 DM, für Nicht-Mitglieder 2.000 DM und beinhaltet die Flüge Frankfurt-Washington, Boston-Frankfurt, den Langstrecken-Bustransfer im Inland sowie die Unterkunft in Motels. Nähere Informationen bei: **Frischluff e. V., Annaberger Straße 283, 53175 Bonn, Telefon (0228) 31 00 23, Fax (0228) 31 47 03.** Noch sind einige Plätze frei!



## Probleme mit der Wirklichkeit:

### „Scharping in der Defensive“

Seit Monaten geht es mit Rudolf Scharping und der SPD bei den Umfragen kontinuierlich abwärts. Vernehmend ist auch das Urteil über Scharping und seine Partei in der Presse: „Die bisherige Politik der Bonner SPD im Wahljahr 1994 besteht aus einer Serie von Mißgriffen.“ (Hannoversche Allgemeine Zeitung, 29. 8. 1994) Das Hamburger Abendblatt titelt daher bereits: „Scharping in der Defensive“ (29. 8. 1994).

### Ein netter TV-Gag

Vor diesem Hintergrund präsentierte Scharping sein Schattenkabinett für die Bundestagswahl am 16. Oktober. Darin hat er Lafontaine und Schröder einen herausgehobenen Platz zugewiesen. „Das ist Scharpings Eingeständnis, daß er die Wahl nicht nach dem Muster des Duells gewinnen kann.“ (FAZ, 30. 8. 1994)

Prominente und kompetente Wirtschaftsexperten konnte der SPD-Kandidat jedoch trotz vorheriger Ankündigungen nicht aufbieten.

Nicht nur für das Handelsblatt hat die Schattenmannschaft daher einen faden Beigeschmack. „Monatelang war suggeriert worden, daß der SPD-Kanzlerkandidat prominente Manager in sein Team berufen würde.“ (Handelsblatt, 30. 8. 1994) Weiter schreibt das Blatt: „Die Berufung des bei VW ausgestiegenen Spitzenmanagers Daniel Goeudevert oder der Fußballmanagerin Britta Steilmann als Berater kann die Absagen Pöhls und Reuters in keiner Weise kompensie-

ren. Die Talkshow-Ärztin Heidi Schüller als potentielle Gesundheitsministerin mag ein netter TV-Gag sein, den Problemen der Krankenversicherung wird dies nicht gerecht.“ (Handelsblatt, 30. 8. 1994)

### Selbstdarsteller statt Team-Arbeiter

Als großen Coup feierte Scharping die Berufung Schröders in sein Kabinett. Tatsächlich heizt diese Personalie damit den notdürftig beruhigten Streit in der SPD wieder an: „Mit der Berufung Schröders ins Schattenkabinett dürften die Mißböنة noch lauter werden. (...) Der Führungsstreit in der SPD, der nach der Mitgliederbefragung und der Wahl Scharpings zum Parteichef einige Zeit gedämpft wer-

### Generalsekretär Peter Hintze zu Scharpings Kandidatenliste:

*„Ein Halbschattenkabinett, bei dem die Steigbügelhalter Fischer und Gysi im dunkeln bleiben.“*

den konnte, dürfte bald wieder aufbrechen.“ (Hannoversche Allgemeine Zeitung, 29. 8. 1994)

Andere sehen Schröders Kandidatur gar als Bluff: „Daß Schröder aber — mit welchen zugestandenen Zuständigkeiten als Minister auch immer — wirklich bereit wäre, in ein Kabinett Scharping zu wechseln, kann getrost ausgeschlossen werden.“ (Hamburger Abendblatt, 29. 8. 1994) „Scharping, Schröder, Lafontaine: Es sind keine Freunde, es sind Rivalen um die Macht, Intimfeinde in der eigenen Partei, Selbstdarsteller statt Team-Arbeiter.“ (Bild, 30. 8. 1994)



## Schröder und die PDS

**Bei der Vorstellung des niedersächsischen Verfassungsschutzberichtes im Juni 1994 erklärte Schröders Innenminister Glogowski (SPD) zur PDS:**

*„Aus aktuellen Gründen möchte ich noch eine Bemerkung zur PDS machen. Immer deutlicher wird, daß Teile der PDS verstärkt Kontakt pflegen zu Teilen der DKP und anderen kommunistischen Gruppen, die vom orthodoxen Kommunismus nicht lassen wollen und nach wie vor verfassungsfeindliche Ziele verfolgen. Die Erfolge der PDS gerade in den neuen Bundesländern und ihre organisatorische Stärke lassen es geraten erscheinen, ihre weiteren Beziehungen zu eindeutig extremistischen Gruppen nicht aus den Augen zu verlieren.“*

**In einer Landtagsdebatte zu eben dieser PDS plädierte Ministerpräsident Schröder für eine „wirkliche Integrationsstrategie“ und sprach sich dafür aus,**

*„daß wir die Leute, um die es dort geht, zwingen, Verantwortung für sich selber und für ihr Land zu übernehmen“.*

*(Debatte im niedersächsischen Landtag vom 13. 7. 1994)*

---

## Schröder: PDS ist uns in manchem näher als die CDU

---

**Schröder entdeckte gar Gemeinsamkeiten der SPD mit der PDS:**

*„Vor allem im sozialen Bereich ist die PDS der SPD sicher in manchem näher als die CDU.“ (Welt am Sonntag, 3. 7. 1994)*

## Alte Droschkenpferde

Der von Scharping angekündigte frische Wind blieb völlig aus. Nur drei der Schatzminister Scharpings sind unter 50 Jahre. In der Bundesregierung aus CDU, CSU und FDP sind dagegen sechs Minister jünger als 50 Jahre. Scharping präsentierte nur „alte politische Droschkenpferde“. (FAZ, 30. 8. 1994)

„Das gibt der Parole von der Erneuerung, von den neuen Gesichtern, nach denen das Volk angeblich lechzt, eine gewisse Komik.“ (FAZ, 30. 8. 1994)

„Und so muß die gestrige Präsentation als Schönfärberei in der Düsternis gewertet werden. (...) Am 16. Oktober ist für Scharping nicht nur Wahltag, sondern auch Zahltag. Sein gestern vorgestelltes Schattenkabinett wird Bonner Morgenröte nicht erleben.“ (Rheinische Post, 30. 8. 1994)

## Beraterin lobt Bundeskanzler

Mit der Benennung von Britta Steilmann als seine Beraterin wollte Scharping einen besonderen Medienerfolg erzielen. Die junge „Öko-Managerin des Jahres“ und Vize-Präsidentin des Fußball-Zweitligisten SC Wattenscheid sollte für Scharping Stimmen sammeln. Übersehen hatten Scharping und seine Strategen dabei, daß Britta Steilmanns Herz für Bundeskanzler Helmut Kohl schlägt. Auf die Frage: „Was wählen Sie denn?“ antwortete Britta Steilmann der Zeitschrift Max: „Ich denke mal, wieder Kohl.“ (Max, 7/1994) In einem Interview noch nach der Vorstellung von Scharpings Schatten-Team sagte sie: „Meine Zweitstimme gebe ich der CDU. Die Union hat in der Vergangenheit gezeigt, daß sie ökologische Konzepte aufnimmt und real in die Politik umsetzt.“ (Bild, 31. 8. 1994) ■



# Die Grünen: Das Sagen haben Fundamentalisten und Öko-Utopisten

**Bündnis 90/Die Grünen sind der Wunschnpartner der SPD, gemeinsam wollen sie in Bonn an die Macht — sogar mit Unterstützung der kommunistischen PDS. Damit würde unser Land weit nach linksaußen abrutschen.**

Das Programm der Grünen weist aus, daß diese Partei nicht von einigen freundlichen Umweltschützern und engagierten Bürgerrechtlern bestimmt wird. Das Sagen haben linkssozialistische Fundamentalisten und radikale Öko-Utopisten. Die wichtigsten Beispiele:

## Wirtschaft und Beschäftigung:

Das Programm der Grünen ist zutiefst wirtschafts- und beschäftigungsfeindlich. Eine Reihe massiver Steuererhöhungen werden gefordert. Damit würde der Aufschwung zunichte gemacht. Das Programm ist geprägt von Umverteilungs-ideen, Technikfeindlichkeit und unfinanzierbaren Versprechungen. Deutschland würde im internationalen Wettbewerb nicht mehr mithalten können, Hunderttausende von Arbeitsplätzen würden vernichtet.

Aus dem Wahlprogramm der Grünen:

- „Vordringlich sind die Erhöhung der Mineralölsteuer, die Einführung einer Primärenergiesteuer, die Einführung von Abfallabgaben auf Landesebene und eine Schwerkverkehrsabgabe.“
- „Grundlage künftiger Sozialstaatlichkeit muß die solidarische Umverteilung der vorhandenen Reichtumssubstanz werden.“

## Innere Sicherheit:

Nach dem Programm der Grünen wäre ein wirkungsvoller Kampf gegen das Ver-

brechen nicht mehr möglich. Die Kriminalität würde verharmlost, die Polizei systematisch blockiert und entmutigt.

Aus dem Wahlprogramm der Grünen:

- „Bundesgrenzschutz und Bereitschaftspolizeien sind aufzulösen ...“
- „Eine humane Drogenpolitik muß mit der Entkriminalisierung des Drogengebrauchs beginnen. Haschisch und Marihuana sind für den legalen Handel zuzulassen ...“

## Asyl:

Die Grünen wollen nicht nur, daß die Änderung des Asylrechts wieder rückgängig gemacht wird. Sie wollen die Tore

**Wirtschafts- und beschäftigungsfeindliche Ziele, unfinanzierbare Versprechungen, Verharmlosung der Kriminalität: nur einige Punkte aus dem Programm der Grünen.**

noch weiter aufmachen: Jeder, der will, soll kommen können. Ziel ist, unser Land durch eine „umfassende Einwanderungspolitik“ umzugestalten.

## Familie:

Die Grünen verfolgen eine Politik, die zur Auflösung der Familie führen würde. Ihr Programm verherrlicht Egoismus und verweigert sich der Verantwortung in Ehe und Familie. Die Ehe wird abgewertet. Rechtlich soll sie nur noch eine unter vielen Formen des Zusammenlebens sein.

Aus dem Wahlprogramm der Grünen:

- „Wir halten die Neudefinition des Familienbegriffs für unumgänglich.“
- „Gleichgeschlechtliche Partnerschaften



## „Mit offenem Visier“

Unter diesem Titel erzählt Bernd Wilz, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung und Bundestagsabgeordneter, sehr persönliche Erlebnisse, Begebenheiten und Begegnungen im Zusammenhang mit der Neuregelung des Ost-West-Verhältnisses und der Zusammenführung von Bundeswehr und NVA.

Er gestattet dem Leser einen Blick durch das Schlüsselloch und führt ihn hinter die Kulissen der Politik. Privates steht neben Staatstragenden, Bewegendes neben Heiterem.

Norbert Blüm im Vorwort zu diesem Buch: Was wir Parlamentarier in Bonn schon lange ahnten, jetzt haben wir es schwarz auf weiß: Bernd Wilz ist ein Grüner — ein Olivgrüner! ... Was „einer aus Bonn“ in den Jahren seines politischen Wirkens erlebt hat, davon handelt dieses Buch.



**Bernd Wilz: Mit offenem Visier. Geschichten zwischen Bundeswehr und Bundestag. 176 Seiten mit 19 Abbildungen. MUT-Verlag, Postfach 1, 27328 Asendorf. Preis: 22,80 DM.**

*müssen die gleichen Möglichkeiten zur rechtlichen Ausgestaltung ihrer Lebensgemeinschaften erhalten wie heterosexuelle Paare: Eheschließungsrecht und Öffnung aller Regelungen für nichteheliche Lebensgemeinschaften.“*

### „Äußere Sicherheit:

Die Grünen fordern die Abschaffung der Bundeswehr und den Austritt aus der NATO. Damit würden sie Deutschlands Sicherheit in Frage stellen, unser Land auf einen gefährlichen Sonderweg und damit in die internationale Isolierung führen.

Aus dem Wahlprogramm der Grünen:

● „Die Entmilitarisierung der Politik —

## Wahlkampf-Argumente



*dies bedeutet auch die Auflösung der NATO — und der Aufbau ziviler Strukturen sind Prozesse, die parallel laufen müssen.“*

- *„Ihre Abschaffung (der Bundeswehr) ist ein Prozeß der Abrüstung und der Konversion, der politisch und gesellschaftlich schrittweise durchgesetzt werden muß.“*



## Das 100.000-Dächer-Programm der SPD:

# Statt Energiewende Milliardensubventionen

**Die SPD fordert in ihrem Wahlprogramm ein 100.000-Dächer-Programm zur Förderung der Sonnenenergie. Hiermit setzt sie einseitig auf eine Technologie im Bereich der regenerativen Energien, die sich auf der Basis der heute absehbaren Technik wirtschaftlich nicht selbst tragen kann.**

Um dieses Programm zu finanzieren, müßten rund 5,5 Milliarden DM vom Staat bereitgestellt werden. Die Solarenergie trägt in diesem Umfang nur mit 0,035 Prozent zur deutschen Stromerzeugung bei.

Den Zielen des Umweltschutzes und der aktiven Klimavorsorge könnte auf andere Weise viel mehr gedient werden. Für eine nur einprozentige Wirkungsgradverbesserung, die ein 800-Megawatt-Kohlekraftwerk schafft, müßten 150 Fußballfelder mit Photovoltaik-Kollektoren vollgestellt werden. Das Kohlekraftwerk würde

dabei jährlich 90.000 Tonnen weniger CO<sub>2</sub> ausstoßen. Um den gleichen Effekt mit Sonnenenergie zu erzielen, wäre der Bau einer Photovoltaik-Anlage nötig, die rund 2,649 Milliarden DM kostet. Pro Tonne vermiedenes CO<sub>2</sub> würden sich die Kosten bei dem Kohlekraftwerk, dessen Wirkungsgrad um ein Prozent erhöht wurde, auf 4,80 DM belaufen. Bei der Photovoltaik-Anlage muß je Tonne vermiedenes CO<sub>2</sub> 4.400 DM investiert werden.

Die SPD wirft der Bundesregierung Versagen beim Klimaschutz vor. Mit ihrem Programm belegt sie eindrucksvoll, wer in Wirklichkeit dem Klimaschutz schaden wird, wenn er in Bonn an die Macht käme. Milliardenschwere Programme würden aufgelegt, deren Finanzierung nicht nur den Haushalt belasten, sondern die an anderer Stelle viel sinnvoller zum Klimaschutz eingesetzt werden könnten.

### Jetzt Mitglieder werben!

Über die Notwendigkeit, neue Mitglieder für die CDU zu gewinnen, gibt es keinen Zweifel. Aber wir alle wissen, wie schwierig es ist, dabei auch so große Erfolge zu haben, wie wir sie brauchen.

Nutzen Sie deshalb die Mobilisierung, die der Wahlkampf mit sich

bringt, und das Hoch, in dem sich die CDU nach allen Meinungsumfragen derzeit befindet.

### Vergessen Sie die Aufnahmeanträge nicht.

Sprechen Sie vor allem junge Wählerinnen und Wähler an. Wenn nicht alles täuscht, sind sie in Zeiten intensiver politischer Diskussion besonders interessiert.



# Bund fördert die Entwicklung neuer Produkte in Ostdeutschland

**Der Bund fördert in Ostdeutschland die Entwicklung neuer Produkte in Schlüsseltechnologien. Ein entsprechendes Programm „Produktneuerung“ für die neuen Bundesländer und Ost-Berlin hat Bundesforschungsminister Paul Krüger in Berlin vorgestellt.**

Für das zunächst auf ein Jahr befristete Programm stehen seit August 150 Millionen Mark aus dem Vermögen der Parteien und Massenorganisationen der DDR zur Verfügung.

Ostdeutsche Unternehmen sollen damit bei der Entwicklung neuer Produkte zum Beispiel in der Informations- und Biotechnologie oder beim Einsatz neuer Materialien unterstützt werden. Bislang legen die Betriebe nach den Worten Krügers noch zu oft Wert auf die Imitation von Konkurrenzprodukten.

Zudem konzentrieren sich die Firmen noch zu sehr auf regionale Märkte. Der geringe Anteil ostdeutscher Unternehmen am deutschen Export technologieintensiver Güter von 1,9 Prozent 1992 sei ein Beleg dafür, daß die Unternehmen mit ihren Produkten international immer noch nicht wettbewerbsfähig seien.

Gegenwärtig sei ein deutlicher Aufwärtstrend in der Wirtschaft West- und Ostdeutschlands festzustellen, erklärte Krüger. Die Industrieproduktion in den neuen Ländern sei 1993 um 8,5 Prozent gewachsen. Die Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands hätten in den ersten Monaten des Jahres 1994 deutlich den Stand des Vorjahres übertroffen.

Die Hälfte der für das Programm bereitstehenden 150 Millionen Mark soll direkt

unter Aufsicht des Bundesforschungsministeriums vergeben werden, die andere Hälfte soll von den neuen Ländern für flankierende Maßnahmen eingesetzt werden. Die Förderung wird als nicht rückzahlbarer Zuschuß gewährt und beläuft sich auf maximal eine Million Mark im Einzelfall.

Im laufenden Jahr seien in den Haushalten von Bundesforschungs- und Bundeswirtschaftsministerium 740 Millionen Mark für wirtschaftsnahe Forschung und Entwicklung in den neuen Ländern bereitgestellt worden. Damit würden rund 80 Prozent der etwa 2700 Forschung und Entwicklung treibenden Unternehmen im Osten erreicht.

## „Kunst am Bau“ bleibt erhalten

**Das Bundeskabinett hat im Juli 1994 den Erhalt der Richtlinie beschlossen, die die Beteiligung bildender Künstler bei Baumaßnahmen des Bundes vorsieht.**

Die sogenannte RBBau K 7 (Richtlinien für die Durchführung von Bauaufträgen des Bundes) sieht in der bisherigen Fassung vor, bis zu zwei Prozent der Kosten für Baumaßnahmen des Bundes für Aufträge an bildende Künstler vorzusehen, soweit Zweck und Bedeutung der Baumaßnahmen dieses rechtfertigen. Im Zuge notwendiger Haushalts einsparungen hatte der Bundesfinanzminister Regelungen, die für bestimmte Zwecke festgelegte Summen vorsehen, auf den Prüfstand gestellt.



# Aussiedler sind und bleiben ein Gewinn für unser Land

Anlässlich der Tagung der Aussiedlerbeauftragten der CDU-Landtagsfraktionen am 25. August im Konrad-Adenauer-Haus in Bonn erklärte die Aussiedlerbeauftragte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Gertrud Dempwolf:

Die Aufnahme und Integration der Aussiedler aus Osteuropa bleibt eine wichtige Aufgabe und Herausforderung für uns alle. Die Bundesregierung hat mit ihrer verantwortungsbewußten Aussiedlerpolitik die erforderlichen Voraussetzungen dafür geschaffen, daß unsere Landsleute hier ein neues Leben beginnen können.

Die CDU Deutschlands unterstützt die Aussiedlerpolitik der Bundesregierung. Die Kreisverbände der CDU haben ein dichtes Netz von Aussiedlerbeauftragten geknüpft, die Spätaussiedlern helfen, sich in ihrer neuen, alten Heimat zurechtzufinden.

## Schmerzhafte Einschnitte

Im Bundeshaushalt 1994 konnte auch der Aussiedlerbereich nicht von schmerzhaften Einschnitten verschont bleiben. Doch zeigen 4 Mrd. DM im Bundeshaushalt für

den Aussiedlerbereich, daß der Bund auch weiterhin seine Verpflichtung gegenüber den Aussiedlern sehr ernst nimmt. Die wesentlichen Eingliederungshilfen sind im Kern sichergestellt worden. Angesichts der Sparmaßnahmen müssen alle noch mehr gemeinsam an einem Strang ziehen, damit die Effektivität der Arbeit weiterhin gewährleistet ist.

## Günstige Alterstruktur

Unsere demographische Entwicklung erfordert es, daß wir die Grundlagen unseres sozialen Systems sichern. Zu dieser Sicherung tragen auch die Aussiedler mit ihrer günstigen Altersstruktur erheblich bei. Nur rd. 6 Prozent der Aussiedler, die nach Deutschland kommen, sind im rentenfähigen Alter. Der Großteil von ihnen ist erwerbsfähig und zahlt Steuern und Abgaben.

Der Kinderreichtum der Aussiedlerfamilien wird auf Dauer den Rückgang und die Alterung der heimischen Bevölkerung abschwächen und so in Zukunft die Rentenversicherung entlasten. Nicht nur die Aussiedler brauchen uns, sondern auch wir brauchen die Aussiedler. Sie sind und bleiben ein Gewinn für unser Land.

## Personalien: Schüler Union mit neuem Vorstand

Auf der Bundesschülertagung der Schüler Union Deutschlands in Erfurt wurde ein neuer Bundesvorstand gewählt. Neuer Bundesvorsitzender wurde der 20jährige **Michael Güntner** aus Petersberg bei Fulda. Er ist Nachfolger von **Marcus Ostermann**, der das Amt zwei Jahre innehatte und nicht

mehr kandidierte. Die beiden stellvertretenden Bundesvorsitzenden der SU sind nun **Frithjof J. O. Heinz** aus Georgsmarienhütte und **Jochen Schulze** aus München. Zu Beisitzern im Bundesvorstand wurden **Christian Burkiczak** aus Düsseldorf und **Andreas Wolff** aus Berlin gewählt.



# Neue Chancen für Arbeitslose

**Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium, Horst Günther, hat Länder, Kommunen und freie Träger aufgerufen, die produktive Arbeitsförderung nach Paragraph 242 s des Arbeitsförderungsgesetzes (AFG) zu nutzen.**

Mit diesem neu geschaffenen Instrument knüpfen wir in Westdeutschland an die guten Erfahrungen mit Paragraph 249 ha AFG in den neuen Bundesländern an, erklärte Günther. Der Paragraph 242 s AFG biete neue Chancen für schwer vermittelbare Arbeitslose und sei gleichzeitig eine hervorragende Möglichkeit, strukturelle Zielsetzungen zu verbinden.

Das neue Arbeitsförderungsinstrument nach Paragraph 242 s AFG ist mit dem Beschäftigungsförderungsgesetz 1994 zum 1. August 1994 eingeführt worden.

Das Instrument orientiert sich an der „Arbeitsförderung Ost“ nach Paragraph 249 h AFG, wonach die Arbeitsämter in den neuen Bundesländern und im Ostteil Berlins seit Anfang 1993 einen Lohnkostenzuschuß für die zusätzliche Einstellung von arbeitslosen Arbeitnehmern gewähren können, die Arbeiten im Umwelt-, Sozial- und Jugendbereich erledigen. Inzwischen haben in Ostdeutschland fast 100.000 Menschen mit Hilfe dieser Förderung Arbeit gefunden.

Vergleichbare Impulse kann der neue Paragraph 242 s AFG zunächst begrenzt bis zum Jahresende 1997 auch für die alten Bundesländer und den Westteil Berlins schaffen, um schwer vermittelbaren Arbeitslosen eine neue Beschäftigungsperspektive zu eröffnen. Die Förderung richtet sich besonders an schwerbehinderte und ältere Arbeitslose ab 50 Jahren sowie jüngere Arbeitslose unter 25 Jahren

ohne Berufsabschluß und an Langzeitarbeitslose (länger als 1 Jahr arbeitslos) sowie von Langzeitarbeitslosigkeit bedrohte Arbeitnehmer.

Im Rahmen der neuen Förderung gewährt die Bundesanstalt für Arbeit einen Zuschuß an den Träger der Maßnahme. Der pauschalisierte Zuschuß entspricht den in den alten Bundesländern und Westberlin durchschnittlich ersparten monatlichen Aufwendungen an Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe einschließlich der Beiträge zur Kranken- und Rentenversicherung. 1994 werden in Westdeutschland monatlich 2.017 DM je

**Horst Günther: Erfolgreiches Arbeitsförderungsinstrument Ost jetzt auch im Westen**

vollzeitbeschäftigtem Arbeitnehmer gezahlt. Damit wird nur ein Teil der Personal- und Sachkosten gedeckt. Die restliche Finanzierung ist von dem jeweiligen Träger beizustellen. Die Zahl der Teilnehmer ist seitens der Bundesanstalt für Arbeit nicht begrenzt, sondern wird von den antragstellenden Trägern bestimmt, die ihrerseits die Gesamtfinanzierung nachzuweisen haben.

Der Lohnkostenzuschuß wird für die Erledigung von Arbeiten gewährt, die der Verbesserung der Umwelt, der sozialen Dienste oder der Jugendhilfe dienen und die ohne diese Förderung nicht oder erst wesentlich später erledigt werden könnten. Insoweit waren die Erfahrungen, die vor allem bei der Durchführung der „Arbeitsförderung Ost“ im Umwelt-, Sozial- und Jugendbereich gesammelt werden konnten, Vorbild für die neue Leistung des Paragraphen 242 s AFG. ■



# Es hat nie mehr und nie höhere finanzielle Leistungen für Familien gegeben als heute

## Zum bevorstehenden Abschluß der 12. Legislaturperiode erklärte Bundesfamilien- und Seniorenministerin Hannelore Rönsch:

Wir haben in der Familienpolitik seit 1991 unsere Hausaufgaben so weit wie irgend möglich gemacht. Wir haben das durchgesetzt und verwirklicht, was angesichts der angespannten Finanzlage des Bundes zu erreichen war. Wer behauptet, es hätte noch mehr geschehen können, gaukelt den Menschen etwas vor. Wahrscheinlich hätten solche Zeitgenossen die Gelddruckmaschinen angeworfen und so den Familien mit hoher Inflation einen Bärendienst erwiesen.

Wir stellen heute in Deutschland sicher, daß die Familien verfassungsgemäß besteuert werden. Durch den Kinderfreibetrag von jährlich 4.104 Mark pro Kind und ein Mindestkindergeld von 70 Mark bleibt das Existenzminimum eines Kindes steuerfrei.

Eine der größten Errungenschaften für die Familien — Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub — haben wir in dieser Legislaturperiode erneut ausgebaut. 1986, als wir diese Leistungen einführten, gab es zehn Monate Erziehungsgeld. Jetzt sind es zwei Jahre. Erziehungsurlaub wird inzwischen drei Jahre gewährt, anfangs waren es zehn Monate. Innerhalb der Europäischen Union existiert nur in Luxemburg eine vergleichbare

Regelung für junge Eltern. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern wir auch durch die Freistellung von der Arbeit bei Krankheit des Kindes. Wir haben die Zahl der Freistellungstage von 5 auf 10 je Elternteil und bei Alleinerziehenden auf 20 verdoppelt.

## Seniorenpolitik

In der Seniorenpolitik hat es in dieser Legislaturperiode einen starken Schub nach vorn gegeben. Sie hat — nicht zuletzt dank der Gründung eines eigenständigen Seniorenministeriums — einen

## Bundesfamilienministerin Hannelore Rönsch zieht Bilanz für die Jahre 1991 bis 1994 und nennt zentrale Zukunftsaufgaben

ganz neuen Stellenwert gewonnen. Daß 1991 ein spezielles Bundesseniorenministerium eingerichtet wurde, war ein ebenso weitsichtiger Schritt wie seinerzeit die Gründung eines Umweltministeriums. Die Bundesregierung wird damit der großen Herausforderung durch die demographische Entwicklung gerecht. Denn sie setzt durch das Seniorenministerium sehr gezielt einen Schwerpunkt in der Politik für die wachsende Zahl älterer Menschen.

Breite Aufklärung, Wettbewerbe, Tagungen und Reden rückten in den vergange-



nen Jahren vielen ins Bewußtsein, daß Altwerden und Altsein nicht mit Krankheit und Gebrechlichkeit gleichgesetzt werden dürfen. Es nimmt nicht nur die Zahl der Älteren zu, die ihren Lebensabend noch lange gesund gestalten können. Die „aktiven Alten“ sind auch zu einem festen Begriff geworden.

Wir haben ihnen seit 1992 mit Seniorenbüros — verteilt über ganz Deutschland — erstmals Anlaufstellen geschaffen, wo sie nach ihren Wünschen und Neigungen in sehr vielfältige unterschiedliche Aufgaben vermittelt werden können. Ich bin überzeugt, daß Seniorenbüros über kurz oder lang ebensowenig aus den kommunalen Angeboten der Altenarbeit wegzudenken sein werden wie die Sozialstationen. Was die Sozialstationen für die häusliche Versorgung pflegebedürftiger Älterer bedeuten, das werden die Seniorenbüros in Zukunft für die aktiven und engagierten älteren Menschen sein.

Das Modellprogramm „Seniorenbüro“ ist zur Zeit ein Kernstück des ebenfalls in dieser Legislaturperiode völlig neu geschaffenen Bundesaltenplans, mit dem der Bund Impulse für eine Weiterentwicklung der Altenarbeit und der Altenhilfe gibt.

Gewaltige Fortschritte haben wir auch für die Pflegebedürftigen erreicht. Die Pflegeversicherung, an deren Konstruktion das Seniorenministerium mitgewirkt hat, setzt ein weithin sichtbares Zeichen der Solidarität mit den Schwächsten in unserer Gesellschaft. Nicht zuletzt werden dadurch die pflegenden Angehörigen in der Familie — ganz besonders also die Frauen — entlastet.

Aufatmen können dank der Pflegeversicherung auch die 140.000 Menschen in den rund 1.400 Alten- und Pflegeheimen der neuen Bundesländer: Investitionen in Höhe von acht mal jährlich 800 Millionen Mark werden ihnen zu würdigeren

Lebensbedingungen verhelfen. Monatslang habe ich intensiv — nebenbei auch in der gemeinnützigen Stiftung „Daheim im Heim“ — für eine Sanierung der baulich oft katastrophalen Heime gekämpft. Um so mehr freue ich mich über diesen Durchbruch für die älteren Menschen. Mit 6,4 Milliarden Mark können wir nun massiv gegen eine der traurigsten und unmenschlichsten Hinterlassenschaften des SED-Regimes vorgehen.

## Soziale Wohlfahrtspolitik

Im dritten Bereich des Ministeriums — der sozialen Wohlfahrtspolitik — haben wir unter anderem die Sozialhilfe als das letzte soziale Auffangnetz für Menschen in Not krisenfester gemacht. Wir haben Löcher im Netz repariert, damit die Sozialhilfe auch in Zukunft den Bedürftigen Halt gibt und ihnen wirksam hilft.

Die große Bedeutung der Familien-, Senioren- und sozialen Wohlfahrtspolitik wird auch in der Höhe der Haushaltsmittel sichtbar: Das Bundesministerium für Familie und Senioren hat den viertgrößten Haushalt unter den Bundesressorts vorzuweisen. 1994 sind es 28.368 Milliarden Mark, und im Haushaltsentwurf für 1995 sind 30,115 Milliarden Mark vorgesehen.

## Zentrale Aufgaben

### für die Zukunft

## Familienpolitik

Wir dürfen und wollen in der Familienpolitik unter keinen Umständen bei dem heute Erreichten stehenbleiben. Weil inzwischen einige andere wichtige Aufgaben in Deutschland bewältigt sind, kann und muß die Familienpolitik in den nächsten Jahren besonders große Schritte nach vorn tun — am besten mit Siebenmeilenstiefeln. Dafür stehen die Chancen gut, denn Familienpolitik ist ein Schwer-



punkt des Regierungsprogramms von CDU und CSU.

Bevor junge Paare sich heute für eine Familie entscheiden, wägen sie bewußter als früher die Vor- und Nachteile im Vergleich zu einem Leben ohne Kinder ab. Es gehört daher zu den zentralen Aufgaben der Zukunft, Wettbewerbsnachteile für Familien in finanzieller Hinsicht, aber auch auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt abzubauen. Denn heute entscheiden sich junge Menschen aufgrund dieser Nachteile gegenüber Kinderlosen immer seltener für mehr als ein Kind, obwohl sie ursprünglich zwei oder mehr Kinder haben wollten.

Ohne Familien und ohne Kinder hätten wir unsere Zukunft schon hinter uns. Eine gute Familienpolitik ist deshalb für die Sicherung des Standorts Deutschland absolut unentbehrlich. Und je höher der Rang der Familienpolitik in der Gesellschaft, in der Öffentlichkeit und im gesamten politischen Geschehen wird, desto besser läßt sich die Zukunft bewältigen.

### Vier konkrete Beispiele für vordringliche Aufgaben in den nächsten Jahren:

● Wir brauchen mehr Familienfreundlichkeit in vielen Bereichen. Mit Sorge beobachte ich familienfeindliche Tendenzen beispielsweise in der Arbeitswelt und auf dem Wohnungsmarkt. Hierfür kann niemand die Politik allein verantwortlich machen. Hier sind alle gesellschaftlichen Kräfte und die Familien selbst gefordert, wo immer sie Einfluß haben, mehr Familienfreundlichkeit durchzusetzen.

● Besonders dringend brauchen wir eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dazu gehört an erster Stelle mehr Familienfreundlichkeit in der Arbeitswelt, vor allem durch flexiblere Arbeitszeiten und durch mehr Teilzeitarbeit.

Denn der Wunsch, Familie und Beruf miteinander zu vereinbaren, ist bei den meisten jungen Menschen stark ausgeprägt. Für viele ist das sogar die Bedingung, überhaupt eine Familie zu gründen.

● Wir werden den Familienlastenausgleich zu einem sozial ausgewogenen Familienleistungsausgleich weiterentwickeln. Ich trete seit langem dafür ein, daß der steuerliche Kinderfreibetrag auf die volle Höhe des Existenzminimums von Kindern angehoben wird. Dies ist inzwischen auch Auffassung des Bundesfinanzministers, der vor wenigen Tagen eine schrittweise Erhöhung des Freibetrages auf rund 7000 Mark angekündigt hat. Eine Anhebung des Freibetrages auf rund 7.000 Mark erlaubt uns, das Kindergeld

## Wahlkampf-Argumente



gezielt und am Bedarf der Familien orientiert umzubauen. Die Leistungen müssen um so höher sein, je geringer das Einkommen und je größer die Kinderzahl in der Familie ist. Das bedeutet: Wir können dann Kindergeld — als echte Sozialleistung — auf die Familien mit niedrigen Einkommen und mehreren Kindern konzentrieren. Ich setze mich dafür ein, daß wir in Zukunft das Kindergeld für diese Familien deutlich erhöhen.

● Wir werden die Leistungen für Familien noch verlässlicher machen, indem wir Kindergeld, Erziehungsgeld und den Kinderfreibetrag in angemessenen Abständen an die wirtschaftliche Entwicklung anpassen. Dies ist eine meiner zentralen familienpolitischen Forderungen, die nun erfreulicherweise Eingang



ins Regierungsprogramm gefunden hat. Das Gerede über eine angebliche Ungerechtigkeit des Kinderfreibetrages geht meilenweit an den Tatsachen vorbei. Jede Rechnung der SPD über die Entlastung durch den Kinderfreibetrag ist eine Milchmädchenrechnung. Denn hier ist von einer Steuer die Rede, die der Staat gar nicht erst erheben darf, weil er das Existenzminimum steuerfrei lassen muß. Dies ist vom Bundesverfassungsgericht zwingend vorgegeben.

Vor lauter Versprechungen der SPD zum Einheitskindergeld von 250 Mark ist vielen Familien gar nicht klar, daß ihnen gleichzeitig der Kinderfreibetrag weggenommen und das Ehegattensplitting stark eingeschränkt werden soll. Das ist ein fauler Zaubertrick. Die SPD will den Familien aus einer Tasche nehmen, was ihnen zusteht, um es ihnen anschließend oder gleichzeitig mit der Geste des Wohltäters zurückzugeben. Erstaunlich, daß das Gerechtigkeit sein soll.

Der Kinderfreibetrag ist der direkteste und einfachste Weg, um die Forderung des Bundesverfassungsgerichtes zu erfüllen, wonach jeder für das Existenzminimum seines Kindes keine Steuern zahlen darf. Ein Kinderfreibetrag von etwa 7000 Mark würde 1996 dieser Forderung entsprechen. Die Gleichbehandlung ist hier voll gegeben: Denn jeder — egal ob mit niedrigem, mittlerem oder hohem Einkommen — müßte dann für monatliche Unterhaltskosten seines Kindes in Höhe von 600 Mark keine Steuern entrichten.

Dort, wo der Freibetrag wegen eines niedrigen Einkommens nicht oder nur teilweise wirkt, zahlen wir den Familien Kindergeld.

## Seniorenpolitik

Ebenso wie die Familienpolitik wird die Seniorenpolitik in den nächsten Jahren angesichts der demographischen Entwicklung weiter an Bedeutung gewinnen.

Ohne kluge Reaktion auf die Veränderungen, die sich aus der wachsenden Zahl älterer Menschen ergeben, läßt sich die Zukunft nicht gestalten.

Die Zukunftschancen des Standorts Deutschland liegen nicht zuletzt in der realistischen Einschätzung der Fähigkeiten, Fertigkeiten und Kompetenzen unserer älteren Mitbürger. Es ist deshalb Aufgabe von uns allen, älteren Menschen Wege zu ebnen, damit sie sich kreativ betätigen und unsere sich wandelnde Gesellschaft mitgestalten können.

## Soziale Wohlfahrtspolitik

Im Bereich der sozialen Wohlfahrtspolitik wird es in der nächsten Legislaturperiode besonders darauf ankommen, das Sozialhilferecht weiterzuentwickeln. Dies schließt ein, daß auch in der Sozialhilfe Eigenverantwortung und Leistungsbereitschaft der Hilfeempfänger ausreichend angeregt werden. Wir wollen den Anreiz für Sozialhilfeempfänger verstärken, eine Arbeit aufzunehmen. Dazu werden wir Arbeitslöhne in geringerem Maße auf die Sozialhilfe anrechnen, als dies heute der Fall ist.

Andererseits müssen schon heute gültige Bestimmungen des Sozialhilfegesetzes stärker in der Praxis angewandt werden. Die Möglichkeiten der Beschäftigung von Sozialhilfeempfängern im Rahmen der Hilfe zur Arbeit haben wir in der zurückliegenden Legislaturperiode erheblich ausgeweitet.

Städte und Gemeinden sollten sowohl Arbeitsgelegenheiten anbieten als auch engagiert darauf hinwirken, daß der Sozialhilfeempfänger sich um Arbeit bemüht und Arbeit findet. Dies schließt ein, daß die Sozialhilfe dann auch gekürzt wird, falls zumutbare Tätigkeiten abgelehnt werden. Es muß gelingen, möglichst vielen Hilfeempfängern Wege aus der Sozialhilfeabhängigkeit in die Erwerbstätigkeit zu eröffnen. ■



# Der Bund ist der verlässlichste Sponsor des deutschen Sports

**In einem Rückblick auf die 12. Legislaturperiode erklärte der sportpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages, Engelbert Nelle:**

Die 12. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages geht zu Ende. Neben der 1. Legislaturperiode war es wohl die wichtigste Wahlperiode in unserer Bundesrepublik Deutschland, stand doch die Überwindung der Folgen der Teilung Deutschlands und die Integration eines durch sozialistische Mißwirtschaft heruntergewirtschafteten Teils von Deutschland im Mittelpunkt.

Auch für den Sport galt es, zwei völlig unterschiedlich strukturierte Systeme zu integrieren. Einem demokratischen, föderal aufgebauten System stand ein zentralistisch organisiertes, ideologisch auf den Staat ausgerichtete System gegenüber. Die großen internationalen Erfolge des DDR-Sports müssen auch im Lichte der Hinterlassenschaften des Sports gesehen werden, einer Verwahrlosung von Sportanlagen für alle, für deren Herrichtung 25 Mrd. DM einkalkuliert werden müssen, großer Schwierigkeiten beim personellen, organisatorischen und finanziellen Aufbau eines eigenverantwortlichen Vereins- und Verbandswesens und der Verstrickungen von Athleten, Trainern und Funktionären in die vom Staat angeordneten Doping- und Manipulationspraktiken.

Der von den Sportverbänden unter Mithilfe des Bundes eingeschlagene Weg bei der Zusammenführung des Spitzensports nach der Einigung Deutschlands hat sich als richtig erwiesen. Durch zusätzliche Mittel aus dem Bundeshaushalt konnten

Erhaltung und Betrieb der Leistungszentren und die Sozialbetreuung der Sportlerinnen und Sportler gesichert werden.

Der Bund hat auch im Breitensport geholfen, neue Strukturen zu schaffen. So wurden von 1990 bis 1992 im Wege einer Anschubfinanzierung zur Schaffung neuer Verbandsstrukturen nicht unwesentliche Mittel dem Sport in den neuen Bundesländern zur Verfügung gestellt.

Auch dem in der DDR vollkommen vernachlässigten Behindertensport haben wir geholfen. So haben wir gestützt auf den Einigungsvertrag wesentlich zum Aufbau des Behindertensports in den

Unsere sportpolitischen Überlegungen gehen von der partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit dem Sport aus – fern jeder Idee von Staatsapparat.

Jahren 1991 bis 1992 in den neuen Bundesländern beigetragen.

Der nach der Einigung Deutschlands begonnene Ausbau der Sportstätten einschließlich Sportleistungszentren in den neuen Bundesländern wurde fortgesetzt. Dazu hat beigetragen, daß bei vielen Sportanlagen in den neuen Bundesländern die Besitzverhältnisse geklärt werden und Kommunen und Vereinen die Sportanlagen übertragen werden konnten. Die noch anstehenden Fragen der Rückübertragung von Sportstätten sollen in nächster Zeit einer Lösung zugeführt werden können.

Um noch zügiger den Erhalt und die



Sanierung von Sportstätten auch für die sportliche Betätigung aller voranzubringen, hat der Sport in den neuen Bundesländern Mittel aus der mit 1,6 Mrd. DM bemessenen kommunalen Investitions-pauschale erhalten. Weiter haben wir durchgesetzt, daß der Sport ab 1995 über zehn Jahre an den Mitteln (jährlich 6 Mrd. DM) aus dem Investitionsförderungs-gesetz beteiligt wird. Damit wird deutlich, daß ein Schwerpunkt für die Förderung von Sportstätten in den neuen Bundesländern liegt. Dort gilt es zu sanieren und den Nachholbedarf aufzu-arbeiten.

### „Sportplatz um die Ecke“

Auch die Anstrengungen der CDU/CSU zur Erhaltung des Sportplatzes um die Ecke gegenüber unbegründeten lärmbe-dingten Einsprüchen hatte Erfolg. So wurde zunächst die Sportanlagenlärm-schutzverordnung, in der Immissions-richtwerte geregelt und Betriebszeiten festgelegt werden, verabschiedet und Ende der Legislaturperiode konnte durch eine Änderung des § 906 BGB der Sport-platz um die Ecke abgesichert werden.

Damit wird ein wesentlicher Beitrag zum Erhalt wohnungsnaher Spiel- und Sport-stätten und zugleich ein Beitrag zur Scho-nung unserer Umwelt dadurch geleistet, daß die ansonsten für Spiel- und Sport-plätze benötigten Flächen geschont wer-den und zudem Verkehrsflüsse zu weni-ger günstig gelegenen Spielstätten redu-ziert werden.

### Kampf gegen Doping

Gegen Drogen und Doping haben wir uns verstärkt eingesetzt. So hat das Natio-nale Olympische Komitee für Deutsch-land und der Deutsche Sportbund die Aktion der Bundesregierung „Keine Macht den Drogen“ unterstützt. Damit soll unsere junge Generation vor Sucht-

## Wahlkampf-Argumente



stoffen gewarnt und Drogen geächtet werden.

Eng verbunden mit dem Kampf gegen Drogen ist der Kampf gegen Doping. Doping im Sport gefährdet die Vorbild-funktion von Sportlerinnen und Sportlern und verdrängt die Anerkennung der ide-ellen Werte des Sports. Für uns ist die Unabhängigkeit des Sports ein funda-mentales und unabdingbares Prinzip. Daher ist es auch zunächst Sache des Sports selbst, das Doping-Problem zu lösen. Wir lehnen daher gesetzliche Maß-nahmen zur Eindämmung von Doping im Sport ab.

### Gerechtigkeit und Fairneß

Aber wir unterstützen alle Maßnahmen, die der Sport selbst ergreift, um ein selbstverständliches Gebot der Gerechtig-keit und der Fairneß unter den Sportle-rinnen und Sportlern zu gewährleisten. So haben wir im Kampf gegen Doping dem deutschen Sport geholfen, bei der Erforschung des Dopings und der Durch-führung der Dopingkontrollen. Dazu gehört auch, daß wir die Reakkreditie-rung des im Einigungsvertrag aufgeführ-ten Dopingkontrolllabors in Kreischea unterstützt haben. Ende 1993 haben wir im Deutschen Bundestag den Gesetzent-wurf zum Übereinkommen vom 16. November 1989 gegen Doping des Europarates beschlossen.

Damit haben wir klargestellt, daß wir von allen Staaten erwarten, daß sie sich den Anti-Dopingmaßnahmen anschließen



und damit die Basis für einen dopingfreien Sport verbessern. Denn nur so können Wettbewerbsverzerrungen zwischen Athleten aus unterschiedlichen Staaten im Interesse der Chancengleichheit ausgeschaltet werden.

Der Leistungssport wurde über den Bundeshaushalt mit beträchtlichen Mitteln gefördert. So wurde gegenüber 1990 das Fördervolumen weit mehr als verdoppelt. Mit der Förderung des Leistungssports wollen wir einen Beitrag leisten, um unseren Sportlern bei internationalen Wettkämpfen eine faire Chance zu eröffnen. Dazu haben wir auch geholfen, Sportleistungszentren einschließlich Olympiastützpunkte, insbesondere auch in den neuen Bundesländern, aufzubauen.

### **Sportwissenschaft fördern**

Über die unmittelbaren Zuwendungen des Bundes hinaus wurde der Leistungssport durch die Sportfördergruppen beim Bundesverteidigungsministerium und beim Bundesgrenzschutz gestützt. Die Ergebnisse deutscher Sportler bei internationalen Wettbewerben, insbesondere bei den Olympischen Spielen, sind Beleg dafür, daß der Bund der größte, aber auch der verlässlichste Sponsor des deutschen Sports ist.

Die Förderung des Leistungssports kommt ohne eine Förderung der Sportwissenschaft nicht aus. Daher haben wir die Sportwissenschaft, soweit sie als Grundlage für den Spitzensport unverzichtbar ist, über das Bundesinstitut für Sportwissenschaft gefördert. Die vom Bundesinstitut für Sportwissenschaft geförderten Projekte haben sicherlich nicht unwesentlich dazu beigetragen, daß die Sportwissenschaft in Deutschland ein international anerkanntes Niveau erreicht hat.

Im Interesse der Zusammenarbeit zwischen grundlagen- und anwendungs-

orientierter sportwissenschaftlicher Forschung haben wir uns daher für den weiteren Erhalt der im Einigungsvertrag aufgeführten sportwissenschaftlichen Einrichtungen ausgesprochen. So soll das Institut für angewandte Trainingswissenschaft in Leipzig und das Institut für Forschung und Entwicklung von Sportgeräten in Berlin dem Leistungssport in geeigneter Weise erhalten bleiben.

Über den Bundesjugendplan wurde der außerschulische Jugendsport gefördert. Im Rahmen des internationalen Jugendaustausches wurde der Sport auch über das Deutsch-französische Jugendwerk gefördert; eine Förderung des Sports über das Deutsch-polnische Jugendwerk steht noch am Beginn.

Im Bereich der Jugendarbeit haben wir uns weiter für die finanzielle Absicherung der Fan-Arbeit im Sport und damit gegen Gewalt im Sport eingesetzt. Das nationale Konzept „Sport und Sicherheit“, das von der Bundesregierung zusammen mit den Ländern und dem Deutschen Fußballbund auf den Weg gebracht wurde, ist ein guter Ansatz. Ihn gilt es weiter zu verfolgen.

### **„Aussiedler und Sport“**

Die von uns befürwortete und geleistete Hilfe im Bereich der Programme „Aussiedler und Sport“ zeigen hervorragende Ergebnisse. Dabei ist es gelungen, über den Sport, Menschen, die zu uns in die Bundesrepublik Deutschland gekommen sind, rasch zu integrieren. Der Erfolg dieses Programmes ermutigt, auf diesem Wege weiterzumachen.

Auch haben wir uns dafür eingesetzt, daß dem deutschen Sport eine Stätte der Darstellung seiner Geschichte ermöglicht wird. Das Deutsche Sportmuseum soll, nachdem die Verantwortlichen wichtige Vorfragen geklärt haben, durch Hilfen



## 828 Millionen DM für Forschungsinstitute in den neuen Bundesländern

**Mit etwa 828 Millionen DM unterstützt das Bundesforschungsministerium (BMFT) in diesem Jahr Forschungsinstitute in den neuen Ländern.**

Das seien im Vergleich zu 1993 fast 100 Millionen DM mehr, sagte Staatssekretär Gebhard Ziller in Leipzig bei der Grundsteinlegung für einen Neubau des Instituts für Troposphärenforschung.

Die Wissenschaftler sollen untere Luftschichten untersuchen. Von ihrer Arbeit werden Beiträge zur Lösung

der Umweltprobleme im Chemiesiedleck Leipzig-Halle-Bitterfeld erwartet.

Für Investitionen an den außeruniversitären Einrichtungen seien von 1992 bis 1994 fast 800 Millionen DM geflossen. 1995 stelle das Ministerium 322 Millionen DM bereit. Bisher seien in Ostdeutschland rund 100 Institute mit insgesamt 8.700 Stellen gegründet worden. Für den elf Millionen DM teuren Neubau des Leipziger Instituts für Troposphärenforschung gebe das Ministerium etwa 6,7 Millionen DM aus, sagte Ziller.

des Bundes auf den Weg gebracht werden.

Die von der CDU/CSU vertretene Sportpolitik wird auch künftig darauf abstellen, dem Sport dort zu helfen, wo er seine Anliegen nicht mehr in eigener Regie zu erledigen weiß oder wo er auf Hilfen angewiesen ist, seine Anliegen zu organisieren. Dabei gehen die sportpolitischen Überlegungen von der partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit dem Sport und der Wahrung der Autonomie des Sports aus. Staatssport kann und darf es nach unseren Vorstellungen in der Bundesrepublik Deutschland nicht geben.

Wir bekennen uns zu einem Sport, der Lebensfreude, Geselligkeit und Leistungsstreben vermittelt. Daher werden wir auch künftig darauf unsere Politik abstellen. Wir werden uns weiter für einen humanen Leistungssport einsetzen; dazu gehört, daß wir dazu beitragen, die uns als großem Industriestaat zur Verfügung stehenden Mittel, auch dem Sport zukommen zu lassen. Dabei werden wir

den Sport bei der Überprüfung seiner Strukturen für den Spitzensport unterstützen; dazu gehört auch, daß wir uns für den Erhalt der im Einigungsvertrag genannten sportwissenschaftlichen Einrichtungen einsetzen.

Wir werden uns wie bisher dafür einsetzen, daß dem Sport die zur Ausübung notwendige Infrastruktur an Plätzen, Hallen und Bädern zur Verfügung gestellt werden kann. Wie bisher werden wir uns weiter dafür einsetzen, daß Sport und Umwelt zu verträglichen Lösungen finden. Ohne Ehrenamt wird der Sport auch künftig nicht auskommen. Möglichst viele Bürgerinnen und Bürger sollten ehrenamtlich im Sport tätig werden; seitens der Sportpolitik wollen wir Bedingungen schaffen, um die Ehrenamtlichkeit zu unterstützen.

Zusammen mit den weiteren Partnern des Sports in Ländern, Kommunen und Wirtschaft hoffen wir, dem Sport wie bisher zu helfen, jene Basis zu schaffen, die er benötigt, um seine Aufgaben zu erfüllen.



# Beitrag zum Aufschwung Ost

Zu entwicklungs- und wirtschaftspolitischen Gesprächen ist der **Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Hans-Peter Repnik, in die zentralasiatischen Republiken Kirgistan und Usbekistan gereist.**

Ziel der Reise war die Vertiefung der politischen Beziehungen und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Dabei stand die Unterstützung der politischen und wirtschaftlichen Reformen durch die deutsche Entwicklungszusammenarbeit im Mittelpunkt der Gespräche. Mitgereist waren auch ostdeutsche Firmenvertreter, um bestehende Geschäftskontakte zu intensivieren und neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit zu erörtern.

In der kirgischen Hauptstadt Bischkek schloß Repnik, der mit dem kirgischen Präsidenten Akajew und Premierminister Dschumagulow zusammentraf, die entwicklungspolitischen Regierungsverhandlungen zwischen Deutschland und Kirgistan ab. Das rohstoffarme Land, das zu den ärmsten der Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion gehört, erhält für dieses Jahr 26,6 Millionen DM an Entwicklungshilfe.

Damit sollen marktwirtschaftliche Reformen vertieft, kleinere und mittlere Privatbetriebe gefördert sowie Rüstungsunter-

nehmen auf zivile Produktion umgestellt werden. Dem Orthopädiezentrum in Bischkek überreichte Repnik dringend benötigte Ausstattungsgegenstände im Wert von rund 500.000 DM.

In der usbekischen Hauptstadt Taschkent unterzeichnete Repnik ein Abkommen über die finanzielle Zusammenarbeit in Höhe von 55 Millionen DM. Damit soll in Usbekistan der marktwirtschaftliche Reformprozeß unterstützt werden. Ostdeutsche Firmen können mit Aufträgen

**Staatssekretär Repnik besuchte Kirgistan und Usbekistan – Aufträge an ostdeutsche Firmen erwartet**

in Millionenhöhe rechnen. So sollen Ersatzteile für Maschinen aus früherer DDR-Produktion finanziert werden, die stillgelegt werden mußten.

Auch beim Ausbau des Flughafens Taschkent, beim Telekommunikationsausbau sowie bei der Modernisierung der Landwirtschaft und des Molkereiwesens wollen Unternehmen in den neuen Bundesländern zum Zuge kommen. Dadurch können nach Repnik viele Arbeitsplätze im Osten Deutschlands gesichert werden. Entwicklungshilfe trägt damit auch zum Aufschwung Ost bei.

**Einheitsfete der Jungen Union.** Mit Musik und Politik feiert die Junge Union auch in diesem Jahr wieder die Deutsche Einheit. Am 2. Oktober ab 20 Uhr (Einlaß 18 Uhr) diskutieren in der Zeche Zollverein in Essen der JU-Bundesvorsitzende Hermann Gröhe und Bundesarbeitsminister Norbert Blüm mit den Gästen. Musikalisch heizen die Live-Band Smile und Radio Mikrowelle ein. — Nähere Informationen und Einladungen gibt's in der **JU-Bundesgeschäftsstelle in Bonn, Telefon (0228) 31 00 11, Telefax (0228) 38 45 20.**



## Für ein Abkommen mit den baltischen Staaten noch während der deutschen EU-Präsidentschaft

**Für einen baldigen Abschluß von „Europaabkommen“ (Assoziierungsabkommen) zwischen der Europäischen Union und den drei baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen, hat sich der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Europäischen Volkspartei im Europäischen Parlament, Hans-Gert Pöttering, ausgesprochen.**

Nach einem mehrtägigen Besuch in der litauischen Hauptstadt Wilna erklärte Pöttering, aus der Sicht Litauens sei das Europaabkommen zwischen dieser baltischen Republik und der EU praktisch unterschriftsreif.

Hans-Gert Pöttering, in der EVP-Fraktion zuständig für die Beziehungen zu den Staaten Mittel- und Osteuropas, war in Wilna mit Vertretern der wichtigsten Parteien und Mitgliedern der Regierung zusammengetroffen, so mit dem Parlamentspräsidenten Juršenas, Verteidigungsminister Linkevičius, dem stellvertretenden Außenminister Januska, dem stellvertretenden Vorsitzenden der regierenden Arbeiterpartei (LDDP), Kirkilas, dem Vorsitzenden der konservativen Partei, dem ehemaligen Präsidenten Landsbergis sowie dem stellvertretenden Vorsitzenden der Christdemokraten, dem ehemaligen Außenminister Saudargas.

Von allen Gesprächspartnern sowohl der Regierung wie der Opposition, sei, so Pöttering, der übereinstimmende Wunsch nach einer engen Zusammenarbeit mit der Europäischen Union betont worden.

Der übereinstimmende Wunsch, in die westeuropäischen Strukturen einschließlich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik sei „eindeutig und unmißverständlich“ vorgetragen worden.

Pöttering tritt dafür ein, noch während der deutschen EU-Präsidentschaft bis Ende Dezember die Assoziierungsabkommen abzuschließen. Der CDU-Politiker fordert Außenminister Kinkel auf, dieses in Brüssel sicherzustellen. Im übrigen plädiert der CDU-Europapolitiker dafür, den drei baltischen Staaten die gleiche

**Hans-Gert Pöttering: Übereinstimmender Wunsch aller Gesprächspartner war, mit der Europäischen Union enger als bisher zusammenzuarbeiten.**

Priorität im Verhältnis zur EU zu geben wie Polen, Ungarn, der Tschechischen Republik und der Slowakei.

Das Sicherheitsbedürfnis insbesondere von Litauen erfordere „enge und wirkliche Zusammenarbeit mit der EU und ihren Mitgliedsländern auf politischem, militärischem und wirtschaftlichem Gebiet“. Wenn sich auch die litauischen Gesprächspartner bewußt seien, daß die Eingliederung in die westlichen Strukturen nur mittel- und langfristig möglich sei, so bestehe in Wilna jedoch der übereinstimmende politische Wille, sobald wie möglich Mitglied von Europäischer Union, Westeuropäischer Union (WEU) und NATO zu werden. ■



## **OECD-Länderbericht:**

# **Die deutsche Wirtschaft wächst!**

Es geht aufwärts:

● Die deutsche Wirtschaft wird in diesem Jahr um 1,75 Prozent wachsen, im nächsten Jahr sogar um 2,6 Prozent. Allein für Ostdeutschland rechnen die Experten mit einem Plus von rund neun Prozent jeweils in 1994 und 1995.

● Bei der Inflationsrate werden wir schon im nächsten Jahr - trotz der finanziellen Herausforderungen durch die Erblast des Sozialismus - wieder eine Eins vor dem Komma haben. Dies schafft Spielraum für weitere Zinssenkungen - wichtig für Unternehmensinvestitionen und Hauslehaber. Der Preisdruck auf Mieten und Dienstleistungen läßt nach. Ein Prozentpunkt weniger Inflation bringt den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes ein Kaufkraftplus von 18 Milliarden DM.

● Der Arbeitsplatzabbau ist gestoppt; in Ostdeutschland entstehen wieder mehr neue Arbeitsplätze, als alte wegfallen. Mitte 1995 wird die Beschäftigung wieder steigen; Löhne und Gehälter werden ebenfalls anziehen.

Diese Entwicklung sagt die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) für Deutschland voraus. Damit haben die Experten ihre Voraussagen aus dem Vorjahr (erwartetes Wachstum 1994: 0,8 Prozent) schon deutlich nach oben korrigiert.

Gemeinsam haben wir Deutschen einen beispiellosen Strukturwandel in Gang gesetzt. An den Werkbänken und Schreibtischen, in Fabrikhallen und Chefetagen haben motivierte und qualifizierte Menschen die Modernisierung vorangetrieben. Die CDU-geführte Bundesregierung hat mit ihrer konsequenten Wachstumspolitik dem Aufschwung den richtigen Rahmen gegeben. Deregulierung und Privatisierung, Forschung und Entwicklung sowie eine solide Finanzpolitik haben dazu beigetragen, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer Eigeninitiative und Selbständigkeit entfalten können. Die Politik der SPD würde durch Steuererhöhungen und Überreglementierungen den Aufschwung abwürgen.

### **Hans Peter Stihl, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages:**

*»Für die Wirtschaft in Deutschland, aber nicht nur in Deutschland, ist die Entscheidung vom 16. Oktober von allergrößter Bedeutung. Denn es wird letztlich eine Entscheidung darüber, ob wir uns in den nächsten vier Jahren mit einer fortschrittlichen, am Markt ausgerichteten und zukunftsorientierten Wirtschaftspolitik auf das 21. Jahrhundert vorbereiten, oder ob Deutschland sich durch ein Mehr an staatlichem Interventionismus, durch höhere Steuern und Sozialabgaben, durch Umverteilung zu Lasten sogenannter „Besserverdiener“ und durch eine eher in die Vergangenheit weisende Energiepolitik aus dem Kreis der führenden Wirtschaftsnationen der Welt verabschiedet. Ich erste Variante und damit den Fortbestand der gegenwärtigen Regierungskoalition bevorzuge.«*

## **Damit es weiter aufwärts geht:**



**SICHER IN DIE ZUKUNFT**

# **CDU**





## ● Neu in Versmold: CDU-Schlüsselanhänger

Jede Verpackungseinheit enthält jeweils 10 Expl. in den Farben blau, gelb, mintgrün und transparent

Bestell-Nr.: 9961

Verpackungseinheit: 40 Expl.

Preis je 100 Expl.: 42,— DM



## ● Aufkleber „Deutschlandfahne“ mit CDU-Logo

Bestell-Nr.: 9998

Verpackungseinheit: 100 Expl.

Preis je 100 Expl.: 14,— DM

## ● Aufkleber „Deutschlandfahne“

Bestell-Nr.: 9999

Verpackungseinheit: 100 Expl.

Preis je 100 Expl.: 14,— DM

## Rahmenplakat

Bestell-Nr. 8959, Format DIN A1

Bestell-Nr. 8960, Format DIN A0

Verpackungseinheit jeweils: 50 Expl.

Preise je 50 Expl. DIN A1: 17,— DM

Preise je 50 Expl. DIN A0: 34,— DM

## Flugblatt

Den Flugblatt-Text über den OECD-Länderbericht „Die deutsche Wirtschaft wächst!“ können Sie ohne große Mühe auf die Rahmenflugblätter drucken, die Sie rechts abgebildet finden.

Die UiD-Vorlage reicht aus, um sie unmittelbar dafür zu verwenden. Sie müssen sie auf dem Kopierer nur so weit vergrößern, daß sie in den vorgegebenen Rahmen paßt.

## Für Deutschland:

**Ohne den Eindruck  
„Für Deutschland“:**

**Rahmenflugblatt  
Format DIN A4**

Bestell-Nr.: 1988

Verpackungseinheit: 500 Expl.  
Preis je Einheit: 20,— DM

**Handzettel  
Format DIN A5**

Bestell-Nr.: 1778

Verpackungseinheit: 500 Expl.  
Preis je 500 Expl.: 18,— DM



**SICHER IN DIE ZUKUNFT**

**CDU**



UNION BETRIEBS GMBH  
POSTFACH 2449  
53014 BONN

## Für Ihre Canvassing-Aktionen:

### ● CDU-Pavillon, mit 1 Seitenteil

Bestell-Nr.: 0924  
Verpackungseinheit:  
1 Pavillon, Preis je  
Stück: 239,— DM

### ● Füllständer

Damit können Sie die  
Standfestigkeit Ihres  
Pavillons erhöhen.

Bestell-Nr.: 0459  
Verpackungseinheit:  
1 Stück, Preis je  
Stück: 12,80 DM

### ● CDU-Canvassing- Stand (Recyclingmaterial)

Bestell-Nr.: 0451  
Verpackungseinheit:  
1 Stand, Preis je  
Stand: 182,— DM



Bestellungen an:

**IS-Versandzentrum**  
**Postfach 1164**  
**33759 Versmold**  
**Fax (0 54 23) 54 69, 4 15 21**  
**und 4 28 20**

Preise zuzüglich MwSt. inkl. Versand

### ● CDU-Glücksrad

(sofort lieferbar)  
Preis: 345,— DM zzgl.  
MwSt. und Versand  
Bestellungen bitte an  
die **CDU-**  
**Bundesgeschäftsstelle**  
**Abt. Information**  
**Fax.: (02 28) 544-341**

# UiD

28/1994

**UNION IN DEUTSCHLAND** — Informationsdienst der  
Christlich Demokratischen Union Deutschlands.  
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion:  
Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113  
Bonn, Telefon (02 28) 54 40, Verlag: Union Betriebs  
GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel.  
(0228) 53 07-0, Telefax (0228) 53 07-118/119. Vertrieb:  
Tel. (02 28) 544-421. Verlagsleitung: Bernd Profitlich.  
Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183  
(BLZ 370 50000), Postgirokonto Köln Nr. 193795-504  
Einzelpreis 1,50 DM. Abonnementpreis jährlich 52,— DM.  
Herstellung: vva Vereinigte Verlags-  
anstalten GmbH, Düsseldorf.